

(Minister Peer Steinbrück)

(A) nach ihrem jeweiligen Grenznutzen eingesetzt werden müssen. Das bedeutet, den Menschen an der einen oder anderen Stelle sagen zu müssen, daß sich bestimmte Projekte nicht rechnen. Diese politische Zivilcourage wird man dann haben müssen. Ich hoffe dabei auf Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, aus Zeitgründen will ich davon absehen, noch einmal auf die Schwerpunkte des Verkehrsetats einzugehen. Das hat bereits in der ersten Lesung und den Ausschlußberatungen eine ausgiebige Rolle gespielt.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die **Beratung** zum Einzelplan 08.

Wir haben zunächst **abzustimmen** über die **Änderungsanträge**:

(B) Im Zusammenhang mit dem ersten Änderungsantrag der CDU-Fraktion **Drucksache 12/3574** nenne ich das Stichwort Landesförderprogramm "Arbeitsplatzschaffende Existenzgründungshilfe". - Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit Mehrheit bei einer Enthaltung **abgelehnt**.

Wir stimmen dann über den zweiten Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/3575** ab. Das Stichwort lautet: Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen. - Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit Mehrheit **abgelehnt**.

Ich rufe die Abstimmung zum dritten Änderungsantrag der Fraktion der CDU **Drucksache 12/3576** auf, Stichwort: Landesstraßenbedarfs- und -ausbauplan. - Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist auch dieser Änderungsantrag der Fraktion der CDU **abgelehnt** worden.

(C) Wir haben nunmehr abzustimmen über den **Einzelplan 08 gemäß der Beschlußempfehlung Drucksache 12/3508**. Wer dieser Beschlußempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann sind die Beschlußempfehlung Drucksache 12/3508 und damit der Einzelplan 08 mit Mehrheit **angenommen** worden.

Ich rufe auf:

Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung

Ich weise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/3505 sowie die Änderungsanträge der Fraktion der CDU mit den Drucksachen 12/3577 bis 12/3579 hin.

Ich **eröffne** die **Beratung** mit dem Teilbereich

a) **Schule und Weiterbildung**

und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Recker für die Fraktion der CDU das Wort.

(D) **Bernhard Recker (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf dem letzten Philologentag in Düsseldorf wurden seitens des Verbandes Untersuchungsergebnisse bekanntgegeben, nach denen bei Schülern bis zum Abitur ein Unterrichtsausfall von circa eineinviertel Jahren festgestellt wurde.

Aktuell wurde in dieser Woche eine Auswertung des Institutes der Deutschen Wirtschaft bekanntgegeben: Drei von zehn Schülern in Nordrhein-Westfalen bekommen Nachhilfe. Schon in der Grundschule sind es etwa 17 %. Dafür werden im Jahr etwa 1 500 DM ausgegeben. Die Vorsitzende der Landeselternschaft der Gymnasien, Barbara Kols-Teichmann, betont in dem Zusammenhang, wie wichtig es sei, die Unterrichtsversorgung zu gewährleisten. Eines der Motive für Nachhilfe sei der hohe Unterrichtsausfall, so die Vorsitzende der Landeselternschaft.

Meine Damen und Herren, sowohl pädagogisch als auch sozial halte ich es für einen Skandal, wenn in Nordrhein-Westfalen der Geldbeutel dar

(Bernhard Recker [CDU])

(A) über entscheiden soll, ob ein Mensch genügend Unterricht und damit entsprechende Berufs- und Lebensperspektiven erhält.

(Friedrich Schepsmeier [SPD]: Unsinn!)

Sollten Sie diese Zahlen nicht nachdenklich stimmen, so nehmen Sie bitte folgende nicht von der CDU, sondern den verschiedensten Institutionen veröffentlichten Zahlen zur Kenntnis, die ich mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident, zitieren darf. Zunächst einmal zu aktuellen Aussagen der GEW; dort heißt es:

"Nordrhein-westfälische Grundschüler erhalten im Vergleich zu ihren bayerischen Altersgenossen im Verlauf ihrer Grundschulzeit 400 Unterrichtsstunden weniger."

Eine weitere Aussage:

"Schon jetzt sind die Klassen übervoll. In der Bundesstatistik vom 18.08.1998"

- also ganz aktuell -

"zum Schuljahr 1997/98 ist Nordrhein-Westfalen im Vergleich zum Schuljahr 1996/97 in der Sekundarstufe I ganz auf den letzten Platz gerutscht. Klassengrößen von 31 bis 35 gibt es in Nordrhein-Westfalen mit weiter steigender Tendenz."

(B)

Letztlich heißt es:

"Bei dem erteilten Unterricht je Schüler lag Nordrhein-Westfalen im Schuljahr 1996/97 auf dem letzten Platz. Die Bandbreite in den Stundentafeln verschleiern den von der Landesregierung geduldeten Unterrichtsausfall durch gekürzte Stundentafeln. Für diesen nicht erteilten Unterricht ist allein die Landesregierung verantwortlich."

(Beifall bei der CDU)

Nun komme ich zu den Aussagen des Elternvereins Nordrhein-Westfalen in der Presseerklärung vom gestrigen Tage:

"Der Elternverein Nordrhein-Westfalen ist nicht nur besorgt, sondern bestürzt über den schlechten Ausbildungsstand der Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen. Ein wesentlicher Grund dafür ist die nicht ausreichende Zahl von Unterrichtsstunden für die Lernenden in der Schule.

Statistische Erhebungen im Vergleich der Bundesländer haben ergeben, daß bei der Auszählung von in NRW erteilten Unterrichtsstunden Hauptschulen auf dem viertletzten Platz, Grundschulen/Gesamtschulen auf dem vorletzten Platz und Realschulen/Gymnasien auf dem letzten Platz in der Reihe der 16 Länder stehen. Den letzten Platz hat NRW auch beim Vergleich der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen insgesamt, und das schon seit 1990."

(C)

Frau Ministerin, das ist kein Jammern auf hohem Niveau, das sind für die Schüler in Nordrhein-Westfalen grausame Fakten.

(Beifall bei der CDU)

Fakt ist auch: Die Schülerzahlen in NRW steigen weiter, und zwar bis zum Jahre 2004 um weitere 100 000. Auch diese Schüler haben einen Anspruch auf guten Unterricht und gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. Daher sind Sofortmaßnahmen unabdingbar notwendig. Wer die Qualität unserer Schulen verbessern will, muß auch die quantitativen Rahmenbedingungen verbessern.

Herr Ministerpräsident Clement und Frau Ministerin Behler, Ihre ersten zarten, für uns allerdings halbherzigen Ansätze im Hinblick auf Qualitätssicherung bleiben für uns purer Aktionismus und Augenwischerei, solange Sie nicht endlich die Grundvoraussetzungen schaffen, die Qualität erst ermöglichen, nämlich eine elementar notwendige Grundversorgung des Unterrichts und eine motivierte Lehrerschaft. In beiden Punkten haben Sie das Klassenziel völlig verfehlt.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Gerade wir in Nordrhein-Westfalen, angewiesen auf einen hohen Wissensstand, auf moderne Technologien und Innovationen, müssen uns dieser Erkenntnis immer wieder bewußt werden. Es geht auch bei diesen Personalausgaben um Investitionen für die Zukunft. Politik ist nur dann glaubwürdig, wenn das nicht nur in Sonntagsreden zum Ausdruck kommt, sondern wenn auch Zeichen und Schwerpunkte gesetzt werden.

Genau das hat die CDU mit ihren Anträgen im Schulausschuß getan, die eine Sicherung der Unterrichtsversorgung zum Ziel haben. Sie wissen doch genau, daß weder die Wiederbesetzung der freiwerdenden Stellen noch das Instrument "Geld

(Bernhard Recker [CDU])

(A) statt Stellen" realistisch den Unterrichtsbedarf bei steigenden Schülerzahlen decken können.

Frau Ministerin, über alle möglichen und unmöglichen Bereiche lassen Sie Erhebungen und Statistiken ausfüllen. Lassen Sie doch einmal ein Jahr lang Erhebungen über den Unterrichtsausfall anfertigen! Doch Sie wollen es nicht, und Sie werden es nicht tun, und jeder weiß, warum. Doch Fakt ist: Bei Erhalt des Status quo wird zumindest eine ganze Schülergeneration mit diesem Unterrichtsausfall leben müssen - und das in einer Zeit, in der die jungen Menschen unseres Landes in einem harten Wettbewerb um Studien- und Arbeitsplätze stehen.

Hinzu kommt, daß die Ergebnisse der Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen zum Teil nicht nur besorgniserregend, sondern katastrophal sind. Das zeigen die Ergebnisse der TIMS-Studie. In Kenntnis dieser Situation wäre es unverantwortlich, nach dem Motto zu handeln: Augen zu, weiter so!

Daher fordern wir die Landesregierung auf, die in Kapitel 05 300 aufgeführten 934 Angestelltenstellen mit kw-Vermerk um 2 000 auf 2 934 aufzustocken. Dazu wird der Ansatz um 74 Millionen DM auf etwa 167 Millionen DM erhöht. Dadurch werden zusätzliche Stellenstreichungen an Hauptschulen und Gymnasien rückgängig gemacht, und der bedarfsdeckende Unterricht wird auf ein vertretbares Maß reduziert. Sie wissen auch, daß das Instrument der Einstellung im Vorgriff auf künftig wegfallende Stellen auf lange Sicht keine Erweiterung des Stellenplans bedeutet, sondern nur kurzfristig den dringenden Bedarf abdecken kann. Das allein ist die Alternative.

(B) Uns bleibt es auch unverständlich, wie es sich Frau Ministerin Behler erlauben kann, durch Maßnahmen wie Pflichtstundenerhöhungen und den bedarfsdeckenden Unterrichtseinsatz von Lehr- amtsanwärtern 1 000 zusätzliche Stellen zu erwirtschaften, die sie in das System zurückgeben will. Damit sollen Schulen belohnt werden, die sich um die innere Schulentwicklung, sprich: Umsetzung der Denkschrift, bemühen oder besondere Bedarfe haben.

Wir fordern, diese 1 000 Stellen zum Erhalt der Stellenreserve für die Hauptschule sowie zur Bereitstellung eines verstärkten Ganztagsangebots an Hauptschulen zu nutzen - etwa 500 Stellen -

und die verbleibenden Stellen zur Sicherung der fachspezifischen Unterrichtsversorgung an den Schulen Nordrhein-Westfalens einzusetzen. Wir sind nämlich der Meinung, daß zunächst einmal die Grundversorgung gewährleistet sein muß, insbesondere im Bereich der Hauptschule, die in sehr vielen Fällen und an vielen Orten Riesenprobleme zu lösen hat, mehr als jede andere Schule. (C)

Damit könnte auch endlich die unglaubliche Benachteiligung der Hauptschule im Hinblick auf ein Ganztagsangebot beseitigt werden. Der am stärksten belasteten Schule dieses Instrument zu nehmen, war und ist eine Ihrer Glanzleistungen einseitiger ideologischer Bildungspolitik.

(Beifall bei der CDU)

Diese Maßnahme war und ist pädagogisch und sozial unverantwortlich, und diese Ungerechtigkeit wollen wir endlich beseitigen.

Ähnliches gilt auch für die geplante Änderung der Schülerfahrkostenverordnung. Hier werden Menschen sozial ausgegrenzt, und wir haben Anträge gestellt, die Sie leider abgelehnt haben. Wir werden das aber bei der Beratung des Haushaltssicherungsgesetzes noch einmal deutlich machen.

In Zeiten knappster Kassen hat die CDU ein Signal gesetzt, das viele betroffene Eltern und Schüler von dieser Landesregierung vermißt haben. Unter Verzicht auf manches Wünschenswerte in vielen Bereichen sehen wir neben der Schaffung dringend notwendiger Arbeitsplätze die absolute Priorität im Bereich von Schule und Weiterbildung. (D)

Und da ist Ihnen, Herr Ministerpräsident Clement, und auch Ihnen, Frau Ministerin Behler, gestern von vielen Organisationen und Verbänden symbolisch die "rote Laterne" zuerkannt worden: für eine Politik, für die seit 30 Jahren die SPD die Verantwortung trägt. Meine Damen und Herren, das muß Schmerzen bei einer Person verursachen, Herr Clement, die angetreten ist, Nordrhein-Westfalen auf den ersten Tabellenplatz zu bringen, und sich nun weit abgeschlagen auf dem letzten Tabellenplatz wiederfindet. Anspruch und Wirklichkeit - zwei ganz verschiedene Welten in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie wissen, daß ich auch aus dem Bereich des Sports komme, und da gibt es in der Tat Paralle-

(Bernhard Recker [CDU])

(A) len. Es gibt Mannschaften - gar nicht weit von hier entfernt -, die oben in der Tabelle mitmischen wollten und nun das Tabellenende zieren. Wie reagieren die Bundesliga bzw. das Umfeld auf eine solche Situation? Sie kennen es: Entweder wird der Trainer oder der Manager ausgetauscht, oder aber man versucht, aus den Fehlern zu lernen, mit der Mannschaft neue Wege zu gehen, sie neu zu motivieren, die Taktik zu ändern, zum Beispiel aus der Defensive in die Offensive. Zumindest aber müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es der Mannschaft ermöglichen, erfolgreicher zu sein.

Übertragen auf unsere schulische Situation, heißt das: Den Trainer und Manager können wir erst im Jahre 2000 ablösen, aber wir sollten zumindest der Mannschaft und dem Umfeld - sprich: der großen Anzahl von Lehrpersonen und Millionen von Schülern - die Rahmenbedingungen geben, bessere Ergebnisse als in der Vergangenheit erzielen zu können. Diese Chance haben Sie hier und heute, wenn Sie unserem Antrag folgen. Schüler in Nordrhein-Westfalen mit Trainer und Manager - Ministerpräsident Clement und Ministerin Behler - auf einem Abstiegsplatz: ein für uns nicht länger hinnehmbarer Vorgang. - Ich danke Ihnen.

(B) (Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Degen für die Fraktion der SPD das Wort.

Manfred Degen (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren den Haushalt für das Jahr 1999 in einer Situation, in der sich das Land nach der Decke strecken muß und in der normalerweise die Gestaltungsspielräume des Parlaments gleich null sind. Teil des Haushalts 1999 ist ein Haushaltssicherungsgesetz, dessen bloße Existenz allen den Ernst der Situation klarmacht.

Auch der Haushalt für Schule und Weiterbildung, der Einzelplan 05, ist vom Haushaltssicherungsgesetz nicht völlig verschont geblieben. Unlieb- same und für die Betroffenen auch schmerzliche Einschnitte gibt es durch die Streichung des Unterhaltsbeihilfegesetzes und bei der Refinanzierung der Schülerfahrkosten bei den Ersatzschulen

(C) in Nordrhein-Westfalen. Zum Problem der zukünftig dem Verfahren beim Besuch öffentlicher Schulen angepaßten Fahrkostenerstattung haben wir hier im Plenum ausreichend diskutiert. Ich glaube, daß wir mit der Herausnahme der Sonderschulen aus der Änderung der Schülerfahrkostenerstattung auf Antrag der Koalitionsfraktionen das Gesamtproblem wesentlich entschärft haben.

Bereits am 16. September hat die SPD-Landtagsfraktion beschlossen, für diesen und den folgenden Haushalt einen Schwerpunkt bei Fördermaßnahmen für Schülerinnen und Schüler speziell für die Zeit des Übergangs von der Schule zum Beruf zu setzen und besondere Unterstützungsmaßnahmen, wie zum Beispiel die Silentien, finanziell wieder besser auszustatten.

Das bewährte Modell "Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule" - kurz GÖS - wollen wir um 1,1 Millionen DM aufstocken. Wir wollen hier zukünftig eine neue Haushaltsstelle schaffen, um dieses Programm aus der Modellphase zu entlassen; denn das Programm hat sich vor Ort bewährt und zahlreiche Initiativen der Schulen ermöglicht, die auch weitergeführt werden sollten. Damit könnten wir GÖS auch zukünftig vor den Kürzungsgelüsten der CDU schützen, die ja die Titelgruppe 82 - Schul- und Modellversuche - um 2 Millionen DM kürzen würde.

(D) Neu sind von den Koalitionsfraktionen Haushaltsstellen für die Ausstattung von Grundschulen mit PCs und Multimedia-Einrichtungen geschaffen worden. Hierfür sind 2 Millionen DM vorgesehen. Ferner ist eine neue Haushaltsstelle für die Übergangsberatung und Übergangsförderung von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf geschaffen worden. Diese Haushaltsstelle ist mit einer Million DM ausgestattet. Die letztgenannte Position gehört zur SPD-Initiative "Zukunft für die Jugend", die insgesamt in diesem Haushalt über die Einzelpläne hinweg mit 20 Millionen DM ausgestattet ist.

Im Unterschied zu den vergangenen Jahren, als man immer davon ausgehen mußte, ausfallende oder gekürzte Bundesförderungen durch zusätzliche Landesmittel ausgleichen zu müssen, können wir jetzt bei einer rot-grünen Bundesregierung Förderprogramme kombinieren und so für die betroffenen jungen Menschen in unserem Land auch optimieren. Das Sofortprogramm der neuen Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, das die Ausbildung, Qualifizierung und

(Manfred Degen [SPD])

(A) die Beschäftigung von 100 000 Jugendlichen fördert, harmoniert sehr gut mit den zahlreichen und erfolgreichen Landesprogrammen. Es geht dabei nicht um eine Umfinanzierung zu Lasten des Bundes, sondern um eine Ausweitung und Aufstockung der Landesprogramme, die mit dem Sofortprogramm identisch sind.

Ich glaube, in dieser Kombination wird das Land die Probleme der Ausbildung und Beschäftigung von Jugendlichen im kommenden Jahr in den Griff bekommen. Die im Lande im Rahmen des Ausbildungskonsenses geschaffenen Strukturen und die vorliegenden Erfahrungen in unserem Lande sollten dazu genutzt werden.

Neben dem Schwerpunkt "Zukunft für die Jugend", an dem mehrere Ressorts beteiligt sind und der junge Menschen beim Schritt in die Ausbildung und in die berufliche Tätigkeit unterstützen soll, haben wir uns vor allem inhaltlich mit der Sicherung der bewährten Strukturen in der Weiterbildung beschäftigt. Wir wollen hier durch Umschichtung der vorhandenen Mittel vor allem die hauptamtliche Struktur wirkungsvoll unterstützen.

(B) Der vorliegende Haushaltsantrag der CDU, der die Mittel für die Weiterbildung aufstocken will, die Förderstrukturen aber so belassen will, würde das Ziel, das hauptamtliche Personal abzusichern, nicht erreichen. Dazu ist der Antrag zu halbherzig. Die Sicherung der Ermessensmittel durch Haushaltsanträge der Koalitionsfraktionen ist da von weitaus größerer Wirkung.

Außerdem sieht der von der CDU vorgelegte Antrag auch nur die Aufstockung der Mittel für die kommunalen Träger vor. Die anderen Träger würden leer ausgehen.

Ähnlich sorgfältig ist der Antrag der CDU zur Erhöhung der sogenannten Vorgriffseinstellungen um 2 000 Stellen zu werten. Die dafür veranschlagten Kosten von 70 Millionen DM decken gerade die Kosten für das Schulhalbjahr 1999.

Man fragt sich: Wie lange sollen die Schulen von diesen zusätzlichen Stellen profitieren? Aufschlußreich könnte die Äußerung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Linssen bei der Pressekonferenz am 1. Dezember sein. Er sagt dazu:

"Wesentliche Teile dieses Programms"

- also eines Förderprogramms -

"sind die Erhöhung der Zahlen der Vorgriffseinstellungen für Lehrer im Schuljahr 1999/2000 um 2 000 Angestelltenstellen, die mit der planmäßigen Einstellung dieser Lehrer wieder wegfallen sollen. Diese Maßnahme wird rund 70 Millionen DM kosten."

(C)

Wenn man das Verfahren bei den bisherigen Vorgriffseinstellungen anwendet, würden diese 2 000 zusätzlichen Stellen gerade 1 Jahr existieren und dann ersatzlos wegfallen. Selbst dafür müßten wir im nächsten Jahr nach dem globalen Dekungsvorschlag der CDU beispielweise die Landesanteile an der WestLB erneut verkaufen. Das wäre überhaupt eine Lösung: jedesmal neu verkaufen.

Ein weiteres Schlaglicht auf die Orientierungslosigkeit der CDU wirft die Behandlung eines Antrages, der thematisch hier sehr hitzig diskutiert worden ist - allerdings unter ganz seltsamen Frontverläufen. Es geht um die Frage der Förderung und der Aufstockung der Mittel für die Denkstättenarbeit.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Im Schulausschuß ist der Erhöhungsantrag kontrovers diskutiert worden. Wenn ich mich recht erinnere, hat sich die CDU der Stimme enthalten. Dann tauchte dieser Antrag seltsamerweise noch einmal im Hauptausschuß auf. Dort hat sich die Sprecherin der CDU-Fraktion vehement für diesen Antrag eingesetzt, und die CDU hat dem Antrag zugestimmt. Ich glaube, es wäre hilfreich, sich in solchen Fragen untereinander etwas besser zu koordinieren.

(D)

Herr Recker, Sie haben vorhin eine Vielzahl von Zitaten angewendet. Es ist immer bezeichnend für die Reden der CDU-Leute, daß sie sich auf Zitate stützen, die in Zeitschriften, bei Lehrerverbänden erschienen sind. Ich hatte schon einmal gesagt: Es wäre vielleicht auch hilfreich, statt Zeitungsausschnitten auch einmal Bücher zu lesen; denn es entsteht der fatale Eindruck, daß man von außen gesteuert wird. Die Frage drängt sich auf: Wo lassen Sie denken?

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, daß wir unter den schwierigen Rahmenbedingungen in diesem Jahr einen Haushalt beschließen, der eine solide Grundlage für die

(Manfred Degen [SPD])

- (A) Fortführung unserer Schulpolitik im nächsten Jahr gewährleistet.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Schumann.

Brigitte Schumann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Recker hat seine Besorgnis darüber geäußert, daß der Geldbeutel der Eltern immer mehr über den Erfolg der Lernbiographie von Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen entscheidet.

Herr Recker, diese Frage stellt sich nicht nur für Nordrhein-Westfalen. Wir sind als GRÜNE intensive Beobachter dieses Sachverhaltes, den man auch unter dem Stichwort "Privatisierung von Bildungsausgaben" führen kann. Solange Sie, Herr Recker, aber verschweigen, daß durch die bestehenden Schulstrukturen nachweislich soziale Chancenungleichheit und schichtenspezifische Auslese gefördert werden, so lange sind Sie nicht glaubwürdig in der Debatte. Denn das verschweigen Sie systematisch!

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu gibt es ganz aktuell ganz neue Erkenntnisse in der WAZ oder der NRZ von gestern, erste Seite.

Die Rahmenbedingungen, die wir hier vorfinden, hat mein Kollege Degen richtig dargestellt. Sie stellen sich hier als Opposition dar, die die Rahmenbedingungen des Haushalts, die Haushalts- und Finanzkrise des Landes Nordrhein-Westfalen einfach ignoriert.

Die Eckpunkte, die wir in dem Konzept zur mittelfristigen Sicherung der Unterrichtsversorgung einvernehmlich 1996 in der Koalition und mit der Landesregierung abgesteckt haben, gelten. Es handelt sich dabei zweifellos um ein Bündel von Maßnahmen, das man bedauern mag, an dem wir aber wegen der vom Bund verschuldeten Haushalts- und Finanzkrise in allen Ländern

(Lachen bei der CDU)

nicht vorbeigekommen sind. Wenn Sie sich umsehen, wird deutlich, daß es nicht verwunderlich ist, daß analog dazu in allen Bundesländern ähnli-

che Maßnahmen ergriffen werden, die selbstverständlich nicht wünschenswert sind, die nicht - das sage ich immer deutlich und werde es weiterhin tun - dem Reformbedarf der Schulen und Bildungseinrichtungen entsprechen.

(C)

Wir müssen aber ehrlicher Weise sagen, was wir zur Entlastung der Lehrer und Lehrerinnen in Nordrhein-Westfalen tun, nämlich daß wir parallel zu diesem Maßnahmbündel das Sabbatjahr als eine Entlastungsmöglichkeit eingeführt haben, daß wir Teilzeitmöglichkeiten ausweiten, daß wir auch die Altersteilzeit anstreben, um damit dem Personal Luft zu verschaffen. Jede freiwerdende Stelle in Nordrhein-Westfalen, auch die durch Teilzeitarbeit, wird wiederbesetzt, so daß wir keine Lücke haben.

Wir haben mit diesem Unterrichtsversorgungskonzept etwas getan: Wir haben aus Kienbaum gelernt. Wir wollen uns nicht mehr mit neuen Lücken in der Unterrichtsversorgung konfrontiert sehen, sondern sie vermeiden. Das ist ein Programm, das zumindest eine Planbarkeit und eine Planung für die Schulen auch unter erschwerten Bedingungen ermöglicht.

So weit zu dem, was Sie hier gegeißelt haben. Es ist uns gelungen - das finde ich auch erfreulich -, einvernehmlich einige Akzente zu setzen, die für die Weiterentwicklung von Schulen auch in schwierigen Zeiten wichtig sind.

(D)

Ich sage ausdrücklich: Es gibt auch in dieser schweren Zeit keine Alternative zu der pädagogischen Schulentwicklung, die die Schulen zu selbstständigen Schulen und Bildungseinrichtungen hinführen soll. Dieser Weg ist gleichzeitig die Professionalisierung der Lehrerinnen und Lehrer. Dieser Weg bedeutet Organisationsentwicklung und damit auch ein neues Stück Entlastung, das zwar nicht sofort im Augenblick sichtbar wird, das sich aber mittel- und langfristig als ein Positivum in der Bilanz darstellen wird. Dafür gilt es zu werben, dafür gilt es zu motivieren. Die Akzentuierungen, die wir durch kleine Veränderungen an dem Haushaltsentwurf vorgenommen haben, zielen genau in diese Richtung.

Zum Beispiel haben wir die Rücknahme der Kürzungen beim Landesprogramm "Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule" ermöglicht. Das bedeutet, daß wir nicht, wie der Kollege Reul immer wieder im Lande sagt, sozusagen "Phantasieland zwischen den Ferien" fördern, sondern

(Brigitte Schumann [GRÜNE])

(A) daß wir die Unterrichtsqualität von Schule erheblich verbessern.

Inzwischen sind wir nicht allein auf unsere positiven Beobachtungen, die wir zu diesem GÖS-Programm machen, angewiesen, sondern uns liegt eine Evaluationsstudie des Landesinstituts in Soest vor, die sich genau der Frage stellt, welche Wirkungen denn dieses Programm zeitigt. Darin wird nachgewiesen, daß die Motivation und die Lernleistungen von Schülern verbessert werden, daß die Lehrer und Lehrerinnen zu einer wünschenswerten Teamarbeit zusammengebracht werden, daß diese neue Qualität den Unterricht verändert, und zwar positiv, und daß die Professionalisierung der Lehrerinnen und Lehrer, das heißt also eine Erweiterung ihres Methodenrepertoires über GÖS und über die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern, erreicht werden kann.

Das alles nehmen wir mit Freude zur Kenntnis. Hier zeigt sich, daß manchmal an kleinen Stellen sehr viel Gutes getan werden kann. Es bedarf also nicht immer nur des ganz großen Mitteleinsatzes.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B) Das gilt auch für die Lehrerfortbildung, für die wir zusätzlich 1 Million DM für eine gezielte Verwendung im Bereich innovativer Schulentwicklung bereitgestellt haben. Wir haben uns ebenso wie die Sozialdemokraten Gedanken gemacht, wie das Geld veranschlagt werden kann. Wir möchten mit diesen Fortbildungsgeldern gleichzeitig die Vernetzung von Schulen ermöglichen. Wir streben hier also ein neues Konzept "Fortbildung im Schulnetzwerk" an. Inhaltlich-thematisch würden wir es aus unserer Sicht begrüßen, wenn sich die Fortbildungsangebote für die Schulen im Netzwerk schwerpunktmäßig an den qualitativen Zielen der Schulentwicklungs- und Schulprogrammarbeit orientieren und den Schulen zum Beispiel Voraussetzungen für ihre Partizipation an den lokalen und regionalen Agendaprozessen sichern.

"Agenda 21" ist ein Landesprogramm, eine Landesaufgabe geworden, und da gilt es, alle wichtigen Akteure auch im Bereich der Bildung einzubinden. Das wünschen wir uns. Die Zukunft der Schule liegt in ihrer Entwicklung zu einer Lernwerkstatt für relevante Schlüsselprobleme, wie sie zum Beispiel in der Agenda 21 unter dem

Stichwort "Bildung für eine nachhaltige Entwicklung" formuliert worden sind. (C)

Jetzt schon ist erkennbar, daß Neugier und Verantwortung die Lern- und Leistungsbereitschaft in den Agenda-Schulen unterstützen. Wir haben schon einige davon. Die Antworten und Lösungswege sind nicht wie in Lernzielkatalogen vorgegeben. Es geht nicht nur um Lernroutine, es geht auch um selbstgesteuertes, entdeckendes und problemlösendes Lernen. Die eigene Anstrengung der eigenen Suche steht an diesen Schulen hoch im Kurs. Individuelle Lernfortschritte, nicht nur Ergebnisse zählen. Diese Qualitäten müssen hinzukommen, damit das fachliche Lernen und die fachlichen Leistungen verbessert werden. Das haben wir aus TIMSS gelernt.

Sie, Herr Recker, zitieren TIMSS immer als eine Möglichkeit, die Gesamtschulen aufs Korn zu nehmen und sie nach Strich und Faden auszugrenzen und sie sozusagen zu eliminieren. Das gibt TIMSS aber nicht her. TIMSS gibt her - und das möchte ich noch einmal in das Zentrum stellen -, daß der Mathematikunterricht in Deutschland, dem diese Qualitäten fehlen, schlechte Leistungen hervorbringt, die es tatsächlich zu verbessern gilt. Alle anderen Länder, die bessere Schülerinnenleistungen in diesem Bereich zu bieten haben, weisen in der Regel in ihren Schulen diese Unterrichtsmerkmale auf. (D)

Wir haben die Landesregierung beauftragt, ein Konzept für eine "Agenda 21 NRW - Bündnis für Umwelt, Innovation und Beschäftigung" zu entwickeln. Es ist notwendig, die Bildungseinrichtungen für diese Aufgabe fit zu machen und sie darauf einzustellen, kooperativ mit anderen Einrichtungen zusammenzuarbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ansprechpartner, die sich für eine Kooperation mit den Schulen empfehlen, sind zum Beispiel die Umweltbildungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen und andere selbstverständlich auch.

"Medienbildung ist eine Zukunftsaufgabe", sagen Sie in Ihren Anträgen. Wir haben gehandelt, wenn auch sicherlich nicht den ganz großen Wurf gelandet. Aber wir haben die Ergebnisse eines BLK-Modellversuches zur Medienbildung in der Grundschule jetzt übernommen und sagen, das müsse auch nach Abschluß des BLK-Modellversuches in den Schulen praktiziert werden können.

(Brigitte Schumann [GRÜNE])

- (A) Wir haben 2 Millionen DM für einen neuen Haushaltsansatz eingebracht.

Ich verbinde das jetzt auch mit dem Anliegen, soziale Chancenungleichheit nicht zuzulassen. Das Lehmann-Gutachten über die Grundschule in Hamburg legt nahe, daß wir alles tun müssen, um die frühe Festschreibung der sozialökonomischen und soziokulturellen Differenzen im Leistungsverhalten von Schülerinnen und Schülern zu brechen.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Frau Kollegin!

Brigitte Schumann (GRÜNE): Multimediale Lernumgebungen können dazu einen Beitrag leisten, vor allen Dingen dann, wenn wir davon ausgehen, daß benachteiligte Kinder im häuslichen Bereich keinen Zugang zu Computern haben.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Kommen Sie bitte zum Ende!

- (B) **Brigitte Schumann (GRÜNE):** Ich fühle mich ermahnt. Ich bin nicht mehr in der Lage, alles zu sagen. Ich habe auch nur exemplarisch etwas herausgestellt. Mein Kollege Degen hat andere Dinge im Haushalt, die wir gemeinsam vorangebracht und beschlossen haben, herausgestellt.

Ich möchte zum Schluß nur noch eines sagen: Ich bedaure, daß es nicht gelungen ist, das Ministerium und die SPD davon zu überzeugen, daß die Schulen eigener Art im Bereich der Privatschulen von einer Erhöhung der Schülertransportkosten ausgenommen werden müssen.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Frau Kollegin, ich möchte Sie daran erinnern, daß Ihre Redezeit abgelaufen ist.

Brigitte Schumann (GRÜNE): Ja. - Ich bedaure auch, daß es nicht gelungen ist, Stellen für die Fortsetzung des gemeinsamen Unterrichts in der Sekundarstufe I zu sichern und damit den laufenden Schulversuch auszuweiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C) Das ist aus unserer Sicht ein bitterer Wermutstropfen.

Hinweise zur Weiterbildung habe ich ausgespart, weil wir darüber ausgiebig in der Weiterbildungskonferenz gesprochen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun für die Landesregierung Frau Ministerin Behler.

Gabriele Behler, Ministerin für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal steht man ja etwas staunend vor bestimmten Debatten, die geführt werden. Ich will doch einmal versuchen, einiges zurückzuführen, damit alle auf dem Boden der Tatsachen stehen und wissen, wovon sie sprechen.

Wenn es um den Bereich von Schule und Weiterbildung und den Haushaltsplan dieses Landes geht, dann müssen wir erst einmal zur Kenntnis nehmen, daß wir hier im Lande Nordrhein-Westfalen an die 6 750 Schulen haben. Wir haben um die 141 000 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer, die sich wegen der Teilzeitbeschäftigung auf circa 160 000 Köpfe verteilen. Damit stellen Lehrerinnen und Lehrer über 40 % am gesamten Personal des Landes.

(D) Hier nun zu behaupten, man bewege sich in einem "Tal des Elends", ist überhaupt nicht mehr nachvollziehbar. Wir haben eine ausgesprochen solide Grundausstattung. Wir haben das 1996 verlässlich in einem Maßnahmenkonzept hier innerhalb der Landesregierung bis zum Jahre 2000 festgelegt. Deshalb haben Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, sich 1996 mit der Diskussion ja auch so schwergetan. Von daher kann man jetzt auch nicht so tun, als käme die eine oder andere Veränderung völlig überraschend, als fiele da etwas vom Himmel, als habe sich wer weiß wer irgend etwas besonders Hinterhältiges ausgedacht. All diese Zahlen, Daten und Fakten sind 1986 hier beschlossen worden. Sie sind breit diskutiert worden und enthalten von daher kein Moment an Überraschung.

(Ministerin Gabriele Behler)

- (A) Mit Statistiken kann man natürlich in der politischen Auseinandersetzung Erhebliches anstellen. Deshalb will ich auf ein paar Punkte verweisen, Herr Recker, die Sie bei einer seriösen Betrachtung von Statistiken bitte mit berücksichtigen müssen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Machen wir immer!)

Wenn man über die Ausgaben eines Landes für Bildung spricht und seriös sein will, muß man z. B. berücksichtigen, wie hoch denn der Anteil an Schülerinnen und Schülern und wie hoch der Anteil an Kindern und Jugendlichen in einem Land ist. Es dürfte ja wohl unmittelbar auch logisch einleuchten, daß das einen Unterschied macht, wenn man Bildungsausgaben bewertet. Von einem Land mit einem hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen erwartet man legitimerweise mehr als von einem Land, in dem der Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung zurückgegangen ist. So weit dürfte es doch noch nachvollziehbar sein.

Dann muß man darüber hinaus vor allen Dingen bei den Jugendlichen fragen: Wie viele gehen denn von dieser Altersgruppe in eine schulische Einrichtung, in eine Bildungseinrichtung? Es macht auch einen Unterschied, ob ein Land von vornherein sagt: "Wir halten diese Einrichtungen gar nicht vor und verweisen Jugendliche auf den Arbeitsmarkt" oder ob es sagt: "Wir bieten den Jugendlichen Schulen mit entsprechenden Ausbildungsangeboten an." Auch das ist zu berücksichtigen und mitzuwerten.

- (B) Im Lande Nordrhein-Westfalen liegt der Anteil der Schülerinnen und Schüler, also der Anteil der jungen Menschen, die überhaupt eine vollzeitschulische Bildungseinrichtung besuchen, deutlich über dem Durchschnitt aller Länder.

(Beifall bei der SPD)

Nordrhein-Westfalen wird dabei nur noch von den beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen übertroffen.

(Bernhard Recker [CDU]: Und das Ergebnis?)

- Da komme ich auch weiter.

Wenn man Nordrhein-Westfalen mit den Flächenländern vergleicht, dann liegt Nordrhein-Westfa-

len auf dem vierten Platz, in der vorderen Hälfte, deutlich vor Bayern. (C)

Zu solchen Ergebnissen kommt man, wenn man Statistiken seriös analysiert und die Ausgangsbasis vergleichbar gestaltet und nicht dann, wenn man Äpfel mit Birnen vergleicht.

Ich will auch deutlich sagen: Daß wir einen höheren Anteil von jungen Menschen in Schulen haben als andere Länder wie z. B. Bayern, ist politisch gewollt. Dazu gehört nämlich etwa die Grundsatzentscheidung, daß wir hier ein ausgebautes 10. Schuljahr für alle haben. Wenn man Nordrhein-Westfalen mit Ländern vergleicht, die gar kein 10. Schuljahr haben, ist es relativ leicht zu sagen, daß wir diese Lehrerstellen in andere Bereiche hineintun können. Wir wollten das 10. Schuljahr. Dafür stellen wir Lehrer und Lehrerinnen mit den dazugehörigen Stellen zur Verfügung.

Wir haben einen deutlich höheren Anteil von Vollzeitschülern in der Sekundarstufe II. Da verweise ich Sie auf den Arbeitsmarkt. Die beruflichen Schulen in Nordrhein-Westfalen, die ja auch von Lehrerstellen leben und darauf angewiesen sind, daß sie mit diesen Stellen Unterricht zur Verfügung stellen können, fangen doch auch einen Teil der Jugendlichen auf, die nicht auf Anhieb einen Ausbildungsplatz gefunden haben oder finden. (D)

Auch dies kostet staatliches Geld, auch dies spiegelt sich im Landeshaushalt. Ich bitte Sie doch in aller Ernsthaftigkeit, das mit zu berücksichtigen und hier keine unangemessenen Vergleiche anzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Ein drittes Beispiel möchte ich anführen. Vergleichen Sie doch einmal die Länder, was ihren Aufwand für den Ganztagsbereich insgesamt, für den muttersprachlichen Unterricht, für die Integration von Kindern mit ausländischem Paß oder fremder Herkunft angeht. Vergleichen Sie dies doch einmal miteinander! Wenn Sie der Meinung sind, daß die vom Land Nordrhein-Westfalen aufgebrachten 8500 Lehrerstellen für diese Bereiche insgesamt dort nicht erforderlich seien, sondern in den Grundbedarf gehen sollten, dann muß ich Ihnen sagen: Eine solche politische Grundentscheidung hielte ich für falsch.

Ich stehe mit voller Überzeugung dazu, daß wir auch Lehrerstellen im Ganztagsbereich haben

(Ministerin Gabriele Behler)

- (A) - übrigens an den Hauptschulen in besonderer Weise herausragend: 623 Stellen. Daß wir für den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht und daß wir für den Unterricht und für die Integration von Kindern mit ausländischem Paß Erhebliches zur Verfügung stellen, dient der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt und dem sozialen Frieden in diesem Land. Ich halte es daher für unverzichtbar.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Da man nicht alles das - das gilt auch für eine Ministerin, die in Schule und Weiterbildung Verantwortung hat - bei sinkenden Steuereinnahmen finanzieren kann, was man sich wünscht, muß man Prioritäten setzen. Das tun wir in der Tat. Mit einem Anteil von 20 % - jede fünfte Mark, die in den Bereich von Schule und Weiterbildung geht - kann ich mit großem Selbstbewußtsein sagen, daß die Aussage eingelöst worden ist, wonach hier Bildung Priorität genießt.

- (B) Die Diskussion über den bedarfsdeckenden Unterricht - ja, meine Güte! Ihre Diskussion darüber soll ein Außenstehender noch verstehen? Ich habe es Ihnen schon mehrfach vorgehalten, aber wenn Sie immer wieder mit denselben Themen kommen, muß ich auch immer wieder dagegenhalten. Da lese ich im Februar 1998, daß "geplanter Referendarunterricht verantwortungslos ist" - eine Aussage des CDU-Generalsekretärs. Da lese ich von demselben CDU-Generalsekretär im Plenarprotokoll 12/30, allerdings 1996 - das war der kleine Unterschied -:

"Zum Unterrichtseinsatz von Lehramtsanwärtern hat die CDU-Fraktion schon vor vier oder fünf Jahren vorgetragen, daß wir da etwas ändern müssen. Da waren Sie noch dagegen."

- Das richtete sich an die SPD.

"Gut, daß Sie es endlich einsehen ... Wir, die CDU - damit das auch klar ist -, sind für den Unterrichtseinsatz von Lehramtsanwärtern."

Du liebe Zeit!

Jetzt kommt die dritte Variante. Jetzt sind Sie für ein "angemessenes Maß". Sie wollen das auf ein angemessenes Maß zurückführen - und das, obwohl Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich innerhalb der Bundesrepublik schon unten liegt. Woran diese Angemessenheit gemessen werden

soll, auch im Vergleich zu den anderen Ländern der Republik, ist mir nicht nachvollziehbar. (C)

(Zuruf des Bernhard Recker [CDU])

- Vielleicht verstehen Sie, daß man bei den Kapriolen, die Sie vollziehen, nicht unbedingt alles nachvollziehen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Wenn man sich dagegen Ihren Haushaltsantrag ansieht, dann ist das nicht ein Zurückführen auf ein wie auch immer beurteiltes Maß, sondern es ist in der Praxis ein Zurückführen auf Null. - Na gut! Wenn das denn das angemessene Maß ist, das Sie zwar 1996 noch bekämpft haben, 1998 fordern und dazwischen noch die eine oder andere Position beziehen, dann weiß ich es nicht; das mögen Sie dann erklären. Daß das aber eine hinreichende Grundlage für politisches Handeln sein könnte, verbietet sich, wie ich meine, von selbst. Das ist auch eindeutig.

Wir haben neben vielen Fragen nach einzelnen Vergleichspunkten, nach Quantitäten, nach Statistiken in der Schule eine wesentliche Aufgabe: auf der Basis einer soliden Grundausstattung in unseren Schulen dafür Sorge zu tragen, daß die Qualität des öffentlichen Sektors Bildung erhalten und optimiert wird. Daran arbeiten wir, und das sind die eigentlich spannenden Diskussionen. - Vielen Dank. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Wird zu diesem Teilbereich des Haushalts noch das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu dem Teilbereich

b) Wissenschaft und Forschung

Ich erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Kuhmichel das Wort.

Manfred Kuhmichel (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wer an einer sach- und fachbezogenen Ausschubarbeit interessiert ist, wer sich an der Geschlossenheit und Harmonie des rot-grünen Regierungsbündnisses erfreuen will, wer sich von der Souveränität und Aus-

(Manfred Kuhmichel [CDU])

(A) kunftsfreudigkeit der zuständigen Fachministerin überzeugen möchte, dem kann ich zur Zeit eines nicht empfehlen: einen Besuch im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung. Dies wäre ohnehin zumeist nicht möglich, da der rot-grünen Mehrheit in diesem Ausschuß sehr daran gelegen ist, die Sitzungen nicht öffentlich abzuhalten.

Ministerpräsident Clement hat in seiner Regierungserklärung versprochen, in der Wissenschaftspolitik neue Wege zu gehen. Deshalb will ich heute an vier Beispielen einmal öffentlich machen, wie diese neuen Wege zur Zeit aussehen und wie sich innerhalb weniger Monate nach dem Wechsel in der Ministeriumsspitze die zumindest bis dato formal geordneten Verhältnisse im Wissenschaftsausschuß in ihr Gegenteil verkehrt haben.

(Brigitte Speth [SPD]: Das haben Sie früher ganz anders gesagt!)

Dies gilt zunächst ganz allgemein für den Umgang mit den parlamentarischen Rechten des Ausschusses und seiner einzelnen Mitglieder, ganz besonders aber für die ordnungsgemäße und sachgerechte Beantwortung von mündlichen und schriftlichen Fragen an die Landesregierung, für das Recht auf Einladung von Sachverständigen durch den Ausschuß, für die pflichtgemäßen Gesprächskontakte von Abgeordneten mit den jeweiligen Hochschulen und nicht zuletzt für das Recht eines jeden Abgeordneten auf die Abgabe persönlicher Erklärungen, die von irgendwelchen anderen Vereinbarungen abweichen.

(B)

Erstes Beispiel: Vor dem Hintergrund einer plakativen Berichterstattung über wirkliche oder angebliche Finanzprobleme der Unikliniken Düsseldorf und einer Reihe von Vorgesprächen leitet die CDU-Fraktion über die Ausschußvorsitzende der Wissenschaftsministerin rund vier Wochen vor der nächsten Ausschußsitzung einen umfangreichen Fragenkatalog mit der Bitte um rechtzeitige Beantwortung zwecks Vorbereitung auf die Sitzung zu. Ergebnis: Die Ministerin lehnt eine schriftliche Beantwortung sämtlicher Fragen ohne ein Wort der Begründung ab und gibt in der Sitzung nur einen dürftigen mündlichen Bericht. Dieser läßt nicht nur zahlreiche Fragen offen, sondern hätte den Fraktionen zur besseren Vorbereitung vorher bequem schriftlich zugestellt werden können. Aus den Kliniken ist zudem bekannt, daß eine Reihe von Fragen dem Ministerium gegenüber schon schriftlich beantwortet wurde. Außer-

dem kann man am Rande des Ausschusses hören, daß in der vorgegebenen Zeit alle Fragen rechtzeitig hätten beantwortet werden können.

(C)

Zweites Beispiel: Nach einem Obleutegespräch lädt die Vorsitzende die Sprecher von Rektoren und Kanzlern der nordrhein-westfälischen Fachhochschulen wunschgemäß in den Ausschuß als Sachverständige ein. Postwendend bestreitet die Ministerin der Vorsitzenden das Recht zu dieser Einladung und erreicht tatsächlich, daß die beiden Eingeladenen auf ihr Kommen verzichten. Sie versprechen sich jetzt die Lösung Ihrer Fragen und Probleme angeblich durch Gesprächsrunden zwischen Ministerium und Fachhochschulvertretern ohne Beteiligung des Ausschusses.

Meine Damen und Herren, machte dieses Verfahren Schule, würde der Wissenschaftsausschuß zum bloßen Notar von Ergebnissen von "Kugelrunden" zwischen Ministerium und Betroffenen herabgestuft. Inzwischen sehen aber selbst die Fachhochschulen diese Entwicklung mit kritischer Distanz und befürchten, daß sie über den Tisch gezogen worden sind.

Drittes Beispiel: Die Abgeordneten des Wissenschaftsausschusses unterhalten seit jeher gute Kontakte zu den Hochschulen des Landes. Sie tun dies in der Erfüllung ihres Mandats. Sie halten regelmäßige Gespräche mit den Rektoren und weiteren Führungspersonen für unverzichtbar und konstitutiv zur Vorbereitung ihrer Arbeit im Ausschuß. Auch dies ist der neuen Ministerin ein Dorn im Auge. So werden Abgeordnete von ihr kurzfristig und in der Form, wie ich meine, schroff schriftlich aufgefordert, von geplanten Besuchen Abstand zu nehmen und den Dienstweg einzuhalten.

(D)

(Lothar Hegemann [CDU]: Unglaublich! Freiheit der Wissenschaft!)

Darüber hinaus verfügt sie kurzerhand, daß die Hochschulangehörigen jeden Kontakt mit Abgeordneten bei ihr anzumelden und ihre Entscheidung über die Zulässigkeit solcher Besuche und Gespräche gefälligst abzuwarten haben. Diese Verfügung ist inzwischen unter der Bezeichnung "Maulkorberlaß" Gesprächsgegenstand bei den zahlreichen Zusammenkünften der Hochschulvertreter. Einhelliger Tenor: ein unvertretbarer Eingriff in die Autonomie der Hochschulen und deshalb ohne jegliche Wirkung!

(Beifall bei der CDU)

(Manfred Kuhmichel [CDU])

- (A) Meine Besuchstermine der letzten Tage und der kommenden Wochen waren beziehungsweise sind deshalb zu Recht davon gar nicht berührt: 2. Dezember Gespräch mit dem Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenz; 3. Dezember Besuch bei den Unikliniken in Bonn; 7. Dezember Besuch bei der RWTH Aachen; gestern Besuch in Soest; 11. Januar 1999 Besuch der Universität - Gesamthochschule - Siegen. - Weitere Termine sind in Planung. Diese regelmäßigen und sehr ertragreichen Kontakte werde ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen trotz aller ministeriellen Störmanöver auch in der Zukunft weiterhin pflegen.

(Beifall bei der CDU)

Viertes Beispiel: Vor wenigen Tagen wurde im Wissenschaftsausschuß in Abwesenheit der Ministerin der Haushalt beraten. Wie immer wurden die CDU-Anträge samt und sonders von der rot-grünen Mehrheit abgeschmettert. Erneut müssen deshalb unsere Hochschulen auf eine zusätzliche Finanzspritze von 250 Millionen DM, also einer Viertelmilliarde DM, für die dringendsten Investitionen in den Hochschulbau sowie die Bibliotheks- und Geräteausstattung verzichten. Die zusätzlichen Ausgaben sollten nach unseren Vorstellungen durch den Verkauf von Landesvermögen gedeckt werden. Wir stellen diese Anträge gleich erneut zur Abstimmung, da wir uns auch nach dem Regierungswechsel nicht auf bloße Schuldzuweisungen nach Bonn beschränken wollen, sondern zum wiederholten Male vom Land in seiner Zuständigkeit für die Hochschulpolitik erhebliche finanzielle Anstrengungen zur Schadensbegrenzung bei Forschung und Lehre fordern.

(B)

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD:
Wo ist die Deckung?)

Was sich dann aber, meine Damen und Herren, nach der Abstimmung über die Anträge im Ausschuß abspielte, kann ich nur als weiteren Beitrag zum Ansehensverlust des Wissenschaftsausschusses bezeichnen. Die Ausschußvorsitzende gibt in ihrer Eigenschaft als Sprecherin für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine persönliche Erklärung ab. Dabei sagt sie unter anderem wörtlich:

"Nach meiner Auffassung als grüne Hochschulpolitikerin entspricht der Wissenschaftshaushalt nicht den berechtigten finanziellen Erwartungen, die Ministerpräsident Clement

durch seine Aussage zur Priorität des Wissenschafts- und Hochschulbereichs in der Regierungserklärung bestärkt hat." (C)

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

An dieser Stelle verzeichnet das Ausschußprotokoll übrigens "Beifall bei der CDU", was logisch ist.

(Lothar Hegemann [CDU]: Völlig zu Recht!)

Sie sagt dann weiter:

"Nicht sachgerecht und vorausschauend ist vor allem die Streichung von 100 HSP-I-Stellen zum 28. Februar 1999, die ausschließlich bei den Universitäten und Gesamthochschulen wegfallen werden und in besonderem Maße den wissenschaftlichen Nachwuchs betreffen. Trotz intensiver Bemühungen ist es der Koalition nicht einmal gelungen, eine Überbrückungsfinanzierung für ein Jahr zu erreichen - und das, obwohl es zur Weiterfinanzierung aller HSP-I-Stellen eindeutige schriftliche Vereinbarungen in der Koalition gibt. Dieses Ergebnis ist enttäuschend."

So weit die grüne Ausschußvorsitzende!

Meine Damen und Herren, für diese mutige Erklärung aus dem Munde einer der letzten "Fundis" wurde die Vorsitzende umgehend abgestraft. Gegen die Stimmen der CDU - hören Sie bitte zu! - bei eigener Enthaltung wurde ihr mit den Stimmen der SPD und notabene auch mit der Stimme ihres grünen Fraktionskollegen Petri das obligatorische Amt der Berichterstatterin über die Haushaltsberatungen im Ausschuß aberkannt. Ich nenne diese Abwahl einen unzulässigen Akt der Vergeltung und einen vordemokratischen Anschlag auf alle guten parlamentarischen Bräuche. (D)

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Denn bei dieser Einstellung zum Berichterstatterwesen dürfte dieses Amt in Zukunft keinem Oppositionsvertreter übertragen werden.

(Zuruf bei der SPD: Ihre Meinung kennen wir doch!)

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Die sogenannten neuen Wege in der Wissenschaftspolitik unseres Landes haben den zuständigen Fachausschuß zunächst einmal in die Sackgasse geführt. An der Suche nach Auswegen werden wir uns gern beteiligen. Allerdings müs-

(Manfred Kuhmichel [CDU])

- (A) sen sich zuallererst diejenigen darum bemühen, die im Ministerium und den Regierungsfraktionen für den bisherigen Kurs verantwortlich sind. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun für die SPD-Fraktion Kollege Kessel.

Dietrich Kessel (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was wir eben gehört haben, war eher ein Beitrag außerhalb der Tagesordnung.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das war eine tolle Rede!)

Es ist eher um Atmosphärisches im Wissenschaftsausschuß gegangen. Zum Thema Wissenschaftshaushalt 1999 haben wir eigentlich so gut wie nichts gehört.

(Beifall bei der SPD)

Nun wissen wir alle - insbesondere gilt das für die Bildungspolitiker -, daß es alles andere als einfach ist, den von der Politik immer wieder behaupteten hohen Stellenwert von Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung mit den finanzpolitischen Möglichkeiten des Landes in Übereinstimmung zu bringen. Aber unabhängig davon, daß es sicher gut zu begründen wäre, für die Hochschulen mehr Mittel zur Verfügung zu haben, als der heute zu beschließende Landeshaushalt ausweist, bleibt doch festzuhalten, daß die Ausgaben des Landes für Wissenschaft und Forschung auch im nächsten Jahr steigen werden. Damit knüpfen wir an eine nun bereits zehn Jahre währende Periode eines kontinuierlichen Anstiegs der Ausgaben für Wissenschaft und Forschung in unserem Lande an. In längst nicht allen Ländern der Republik ist dies der Fall.

- (B) Daß darüber hinaus die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung in den letzten Jahren im Vergleich zu den Landesausgaben insgesamt überdurchschnittlich gestiegen sind, ist nicht nur eines Hinweises wert, sondern zeigt auch, daß sich die Landespolitik bei ihren Haushaltsentscheidungen durchaus ihrer Verantwortung für unsere Hochschulen bewußt ist.

In meinen Reden zu den Wissenschaftshaushalten der letzten Jahre habe ich gefordert, die Bonner Regierungskoalition möge ihre Ausgaben für Wissenschaft und Forschung anstatt zu reduzieren unter anderem für den Hochschulbau wieder aufstocken. Diese Forderung - ich betone das hier - besteht selbstverständlich auch angesichts des Regierungswechsels fort. Ich hoffe, daß die neue Bonner Regierungskoalition bei den Ausgaben für bildungs- und forschungspolitische Aufgaben endlich den während der vergangenen Jahre zu beobachtenden Trend nach unten stoppt und ihrer Absicht, bereits im Bundeshaushalt 1999 die Zukunftsinvestitionen in Forschung und Wissenschaft deutlich zu verstärken, auch die notwendigen Taten folgen läßt.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Da hat er recht!)

So wie in bezug auf das Haushaltsjahr 1999 werden wir - wenn überhaupt - auch in den folgenden Jahren mit eher bescheidenen Mittelzuwächsen auch im Wissenschaftshaushalt zu rechnen haben. Es führt deshalb kein Weg daran vorbei, die den Hochschulen zugewiesenen Mittel optimal zu nutzen.

Um dies zu erreichen, werden bei der Zuweisung von Mitteln an die Hochschulen Leistungs- und Belastungskriterien eine immer größere Rolle spielen. Schon jetzt werden 50 % der Mittel für Forschung und Lehre nach diesen Kriterien vergeben. Ich gehe davon aus, daß die auf der Grundlage bestimmter Parameter gesteuerte leistungsbezogene Mittelzuweisung in den nächsten Jahren weiterentwickelt wird und daß auch in den Hochschulen unter Berücksichtigung der Besonderheiten von Studienfächern - insbesondere der kleinen - bei der Verteilung dieser Mittel auf die Fachbereiche nach diesen Kriterien verfahren wird.

Um den Mitteleinsatz in den Hochschulen zu optimieren, brauchen wir auch Instrumente zur effizienten Mittelbewirtschaftung. Mit der Finanzautonomie haben wir den Hochschulen durch die Stärkung des eigenverantwortlichen Umgangs mit Personal- und Sachmitteln Spielräume zur Setzung von Prioritäten und zur Nutzung der Vorteile des sparsamen Bewirtschaftens zur Verfügung gestellter Mittel geschaffen.

(C)

(D)

(Dietrich Kessel [SPD])

- (A) Weitere Schritte zur Verbesserung des Mittel-einsatzes werden in der Zukunft folgen müssen. Bei all dem, was in Verbindung mit dem Stichwort Zuweisung von Globalhaushalten in diesen Tagen diskutiert wird, werden wir als Abgeordnete allerdings auch darauf zu achten haben, daß unsere Möglichkeiten zur Setzung wissenschaftspolitischer Rahmenbedingungen und wissenschaftspolitischer Prioritäten insbesondere auch anläßlich der Beschlüsse des Landtags zum jeweiligen Wissenschaftshaushalt gewahrt bleiben.

Die Einführung neuer Instrumentarien der Mittelzuweisung und der Mittelbewirtschaftung ist in den Hochschulen überwiegend zustimmend aufgenommen worden. Dies ist nicht so selbstverständlich, wie es sich anhört. Schließlich werden als Folge der Einführung dieser Instrumentarien Besitzstände in Frage gestellt und Änderungen gewohnter Verhaltensweisen im Umgang mit Personal- und Sachmitteln notwendig.

Ich betone ausdrücklich, daß ich sehr froh darüber bin, daß die Hochschulen diese Schritte auf dem Wege zur Verbesserung der Verwendung öffentlicher Mittel nicht nur auf kooperative Weise mitgestaltet haben, sondern auch mit Engagement die neuen Möglichkeiten der Mittelzuweisung und Mittelbewirtschaftung nutzen.

- (B) Durch die Beschlüsse der Koalitionsfraktionen wird der durch die Landesregierung vorgelegte Entwurf für den Wissenschaftshaushalt nur in wenigen Punkten geändert. Dies ist nicht verwunderlich, da Änderungen nur im Rahmen des vorgegebenen Ausgabenvolumens möglich waren. Auf einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen sei hier besonders hingewiesen. Die Mittelansätze für die Forschungsförderung sollen um 2,15 Millionen DM erhöht werden, um insbesondere die Existenz der aus Mitteln des Strukturhilfegesetzes und des Kohlehandlungsrahmens aufgebauten Forschungsinstitute auf Dauer sichern zu helfen.

Nebenbei bemerkt: Wenn der Antrag der CDU-Fraktion im Haushalts- und Finanzausschuß, eine globale Minderausgabe in Höhe von 800 Millionen DM vorzusehen, zum Zuge käme, dann würde der Wissenschaftshaushalt vermutlich viel mehr Geld verlieren, als ihm über Ihre beiden Anträge, Herr Kollege Kuhmichel, wieder zugeführt

würde. Das ist Politik zum Schaden der Hochschulen!

(Beifall bei der SPD)

Im übrigen ist es ein tolles Ding: Die CDU-Fraktion verteilt die Geschenke, und die Koalition sorgt für ihre Finanzierung durch die Umsetzung der globalen Minderausgabe in den Einzelplänen. So geht es nun wirklich nicht!

(Beifall bei der SPD)

Bei unseren Beratungen über den Wissenschaftshaushalt sollten wir unseren Blick nicht nur auf die vorliegenden Änderungsanträge richten, sondern auch auf all das, was die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen mit den ihnen zur Verfügung gestellten Mitteln leisten.

Daß unsere Hochschulen trotz aller Mängel auch in bezug auf ihre Ausstattung - niemand will dies verschweigen - Hervorragendes leisten, ist immer wieder anläßlich der in den letzten Jahren durchgeführten Rankings deutlich geworden. So liegt in einer im Auftrag der Zeitschrift "Focus" durchgeführten Vergleichsuntersuchung der deutschen Universitäten Nordrhein-Westfalen mit Bayern zusammen in der Gesamtwertung an der Spitze der Flächenländer. Auch nach der neuesten Statistik der DFG sind bei den bewilligten Mitteln je Professor nordrhein-westfälische Hochschulen führend. Platz 1 belegen Bochum bei den Naturwissenschaften, Bielefeld bei den Geistes- und Sozialwissenschaften und Aachen bei den Ingenieurwissenschaften.

Nordrhein-Westfalen ist ein attraktives Studienland. Zu uns kommen mehr Studierende aus anderen Bundesländern, als in Nordrhein-Westfalen geborene junge Menschen zum Studium an Hochschulen in anderen Bundesländern gehen.

Nordrhein-Westfalen ist Spitzenreiter bei den Sonderforschungsbereichen. Von den 252 im Jahre 1997 bestehenden Sonderforschungsbereichen entfielen allein 52 auf unser Land.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten mit den uns zur Verfügung stehenden landespolitischen Möglichkeiten dazu beitragen, die hohe Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen auch in der Zukunft zu sichern. Im Namen der SPD-Fraktion bitte ich Sie, den Teilen des Einzelplanes 05

(C)

(D)

(Dietrich Kessel [SPD])

- (A) zuzustimmen, die die Haushaltsansätze für Wissenschaft und Forschung betreffen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun Frau Kollegin Fitzek für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ingrid Fitzek (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bevor ich mich dem Wissenschaftshaushalt zuwende, möchte ich kurz auf zwei Punkte, die Herr Kollege Kuhmichel angesprochen hat, eingehen.

Der erste Punkt betrifft die Frage "Einladung von Sachverständigen durch den Wissenschaftsausschuß". Ihnen ist bekannt, daß ich als Ausschußvorsitzende eine andere Rechtsauffassung veretrete als die Ministerin, und zwar bezogen auf die Auslegung der Landesverfassung und die Geschäftsordnung des Landtags; das ist den Ausschußmitglieder auch schriftlich zugegangen. Wir werden ein geeignetes Verfahren finden, um diesen Punkt, der in der Tat klärungsbedürftig ist, zu klären. Ich denke, es wird sich im normalen parlamentarischen Prozedere der richtige Ort finden.

- (B) Was die Frage der Vorkommnisse im Wissenschaftsausschuß anbelangt, möchte ich nur sagen, daß für mich dieser Punkt geklärt und erledigt ist, nachdem nach der Sitzungsunterbrechung Herr Kessel für die SPD-Fraktion eine Erklärung abgegeben hat.

Jetzt möchte ich mich aber zur Sache äußern, und zwar zum Wissenschaftshaushalt.

"Bildung, Wissenschaft und Forschung stehen auf der Agenda der Landesregierung ganz oben. Die Entwicklung und Sicherung der Qualität von Bildung und Wissenschaft ist und bleibt die zentrale bildungspolitische Aufgabe dieser Legislaturperiode." Mit diesen Leitsätzen hat Ministerpräsident Clement in seiner Regierungserklärung eine wesentliche Aufgabenstellung und Zielperspektive der rot-grünen Koalition beschrieben. Der vorliegende Wissenschaftshaushalt wird an dieser Vorgabe gemessen werden und ist vor diesem Hintergrund sehr differenziert zu beurteilen.

Eindeutig positiv ist, daß das Innovationsprogramm Forschung in vollem Umfang mit 33,9 Millionen DM weiter finanziert wird. Dieses an Leitziele zum Beispiel im Bereich der Umwelt, des Verkehrs, von Gesundheit, von Produktion und Dienstleistung, der Kommunikation und der Medien orientierte Forschungsprogramm, das seit 1995 existiert, formuliert zum ersten Mal seit Jahren wieder einen landespolitisch begründeten Forschungsbedarf.

(C)

Für die Maßnahmen zur Personalabsicherung von Existenzgründungen im Hochschulbereich werden 1999 die Mittel in voller Höhe von 4,66 Millionen DM fortgeschrieben. Das Land unterstreicht damit seinen Willen, Hochschulabsolventen und -absolventinnen den Weg in die berufliche Selbständigkeit zu ebnet bzw. zu erleichtern.

Positiv ist auch, daß die frauenfördernden bzw. frauenpolitischen Maßnahmen in gleicher finanzieller Höhe wie 1998 fortgesetzt werden. So werden das Lise-Meitner-Programm, die Wiedereinstiegsstipendien für Frauen, die in oder nach der Erziehungspause wieder an die Hochschulen zurückkehren bzw. sich weiterqualifizieren wollen, und das Netzwerk Frauenforschung weiterhin aus dem HSP III finanziert.

Die Mittel, die zur Unterstützung der Arbeit der Frauenbeauftragten an Hochschulen eingestellt sind, werden ebenfalls fortgeschrieben. Bei der Nachwuchsförderung mit dem Schwerpunkt Frauen haben die Koalitionsfraktionen die im Regierungsentwurf geplante Kürzung rückgängig machen können und die VE aufgestockt.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

An Barmitteln stehen also jetzt 5,75 Millionen DM und an VE 3 Millionen DM für diese wichtige Maßnahme zur Verfügung.

Die Kürzung bei der Graduiertenförderung konnten die Koalitionsfraktionen zur Hälfte rückgängig machen. Der Baransatz beträgt nun 3,96 Millionen DM, die VE sind auf 1,5 Millionen DM aufgestockt worden. Es ist ebenfalls gelungen, einen Teil der Kürzung beim Programm "Qualität der Lehre" auszugleichen, indem es um 1,1 Millionen DM durch die Koalitionsfraktionen erhöht worden ist. Außerdem haben wir die Titelgruppe "Sondermaßnahmen zur Forschungs- und Technologieförderung" um 2,15 Millionen DM aufge-

(Ingrid Fitzek [GRÜNE])

- (A) stockt, um die Tätigkeit der sogenannten Strukturhilfeeinstitute mit zusätzlichen projektbezogenen Mitteln gezielt unterstützen zu können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Betrachtet man aber nicht nur diese wichtigen Einzelpunkte, sondern zentrale Eckdaten des Wissenschaftshaushalts, so muß ich feststellen, daß er leider nicht den berechtigten finanziellen Erwartungen entspricht, die Ministerpräsident Clement durch seine Aussagen zur Priorität des Wissenschafts- und Hochschulbereichs in der Regierungserklärung bestärkt hat.

Der Landeshaushalt insgesamt wächst um 1,9 %, der Einzelplan 05 nur um 1,8 %. Gekürzt wird hauptsächlich in den Zentralkapiteln, ein Trend, den ich auch unter steuerungspolitischen Gesichtspunkten für bedenklich halte. So wurden die Mittel der Titelgruppe 94 um 3,4 auf 13 Millionen DM gekürzt. Dabei geht es um Gelder, die unter anderem für die Verbesserung der Bibliotheken und zur Sicherung des Buchbestandes vorgesehen sind. Die sogenannten Notzuschlagsmittel wurden um gut 9,3 auf 20,27 Millionen DM verringert, und das, obwohl sich trotz leicht gesunkener Studierendenzahlen die Studiensituation in vielen Fächern nur unwesentlich entspannt hat.

(B)

Auch diesmal ist wieder eine globale Minderausgabe in Höhe von 15,7 Millionen DM vorgesehen, um die Verlängerung der Stellenbesetzungssperre von 12 auf 15 Monate für den Hochschulbereich zu kompensieren.

Gravierend ist vor allem der Einschnitt im Personalbereich. Hier gehen insgesamt 205 Stellen verloren; 105 Stellen durch die Realisierung von kw-Vermerken, die unter anderem im Zuge der Organisationsgutachten oder als Ausgleich für frühere Stellenzugänge zugunsten der Fachhochschule Gelsenkirchen ausgebracht worden sind. Außerdem werden Ende Februar 1999 noch weitere 100 Stellen aus dem Hochschulsonderprogramm I wegfallen.

Als grüne Hochschulpolitikerin muß ich klar und deutlich sagen, daß der aktuelle Umgang mit dem Hochschulsonderprogramm I nicht sachgerecht und vorausschauend ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich erinnere daran, daß es angesichts der im Ländervergleich vorhandenen personellen Unteraus-

stattung der NRW-Hochschulen, für die es vielfältige nicht allein auf Landesebene liegende Ursachen gibt, richtig und sinnvoll war, daß wir uns in der rot-grünen Koalition, als die alte Bundesregierung die Zahlung an die Länder 1995 eingestellt hatte, entschlossen haben, die 708 betroffenen Stellen zu erhalten und sie nach den Möglichkeiten des jeweiligen Haushalts paketweise zu entfristen. So ist es bisher gelungen, 354 Stellen in Dauerstellen umzuwandeln und 254 vorerst bis zum Jahr 2001 zu finanzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei den verbleibenden 100 Stellen sollte eine Lösung in diesem Haushalt gefunden werden, da sie bis zum 28. Februar nächsten Jahres befristet sind. Trotz intensiver Bemühungen der grünen Fraktionsspitze in den Haushaltsberatungen der Koalition ist es jedoch nicht einmal gelungen, eine Überbrückungsfinanzierung für ein Jahr zu erreichen,

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Schlimm ist das!)

und das, obwohl es erstens zur Weiterfinanzierung aller HSP-I-Stellen eindeutige schriftliche Vereinbarungen in der Koalition gibt und zweitens die aktuellen Signale aus Bonn positiv sind, eine Anschlußfinanzierung auf verbessertem Niveau für die Hochschulsonderprogramme ab dem Jahr 2000 sicherzustellen. Trotzdem konnten wir die Streichung dieser 100 Stellen nicht verhindern. Sie werden ausschließlich bei den Universitäten und Universitäten - Gesamthochschulen - wegfallen, und, was erschwerend hinzukommt, sie betreffen in besonderem Maße den wissenschaftlichen Nachwuchs, da es überwiegend C 1/C 2- oder BAT II a-Stellen sind. Dieses Ergebnis ist enttäuschend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbst wenn einige dieser Stellen Fächern oder Studiengängen zugute kommen, die sie aktuell nicht mehr so dringend brauchen, wäre es möglich, solche Stellen durch geeignete Evaluationsmaßnahmen zu ermitteln und in den Personalpool des Einzelplans 05 - Hochschulteil - in die sogenannten Töpfe zu geben. Auf diese Weise hätten wir für die nächsten Jahre wieder Bewegungsspielraum im Personalbereich bekommen können, ohne direkt neue Stellen schaffen zu müssen.

(C)

(D)

(Ingrid Fitzek [GRÜNE])

- (A) Enttäuschend ist dieses Ergebnis auch deshalb, weil es gerade jetzt der Regierungswechsel zu Rot-Grün auf Bundesebene zum ersten Mal seit 16 Jahren möglich macht, eine reformorientierte Hochschulpolitik im Land durch entsprechende Reformmaßnahmen des Bundes zu flankieren und zu unterstützen. Doch statt die rot-grüne Chance offensiv zu nutzen, finden die eindeutig positiven finanziellen Signale aus Bonn für den Hochschul- und Wissenschaftsbereich nicht die notwendige Resonanz und werden nur begrenzt aufgenommen. Wir haben uns deutlich mehr Entschlossenheit gewünscht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu gehört für uns selbstverständlich, endlich die Bugwelle der personellen Unterausstattung vor allem an den Universitäten und Gesamthochschulen in Angriff zu nehmen.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Frau Kollegin!

- (B) **Ingrid Fitzek (GRÜNE):** Ich komme zum Schluß. - Dennoch empfiehlt meine Fraktion in Abwägung der genannten positiven und negativen Punkte und unter Berücksichtigung koalitionspolitischer Erwägungen die Zustimmung zum Hochschul- und Wissenschaftsteil des Einzelplans 05. Die vorgetragene fachpolitische Kritik wird sich in meinem persönlichen Abstimmungsverhalten niederschlagen; ich werde mich der Stimme enthalten. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun für die Landesregierung Frau Ministerin Behler.

Gabriele Behler, Ministerin für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Offensichtlich gab es aus der Sicht der Opposition hier im Landtag inhaltlich nicht so viel zum Haushalt zu diskutieren; sonst hätten Sie sich, Herr Kuhmichel, nicht auf Stilkritik und Verfahrensrügen zurückgezogen. Nun kann man über Stil unterschiedlicher Auffassung sein, aber über das, was

(C) nun einmal die Grenze und die Unterschiede zwischen Exekutive und Legislative ausmacht, eigentlich nicht. Mehr will ich an dieser Stelle dazu nicht sagen. Aus meiner Sicht gehört das hier nicht hin und muß auch hier nicht sein.

Jedenfalls meine ich, daß es der Haushalt Wissenschaft und Forschung insgesamt sehr wohl wert wäre, anders und umfassend gewürdigt zu werden. Hier gilt selbstverständlich das, was in allen anderen Politikfeldern auch gilt: Jeder und jede wünschte sich mehr, und jeder und jede könnte mit mehr Geld sinnvolle Dinge tun - ohne jede Frage. Aber in diesen Zeiten, in diesen Zeiten der Knappheit der öffentlichen Mittel, Einschnitte zu vermeiden, fortzuschreiben und zu konsolidieren, ist ein politischer Erfolg. Das sagt etwas aus über Prioritätensetzung, die anders zu definieren ist als in den 70er Jahren, als wir über ganz andere Einnahmequellen verfügten.

Ich will - auch im Ländervergleich - darauf hinweisen: Wir haben unsere Forschungsförderung gehalten, zum Teil angehoben. Die Erfolge des Innovationsprogramms Forschung sind deutlich, und sie kommen zum Tragen. Man merkt es zum Beispiel in der Medizin. Wir haben von acht bundesweit ausgeschriebenen Kompetenzzentren zwei nach Nordrhein-Westfalen geholt: Nanotechnologie nach Münster und nach Aachen. Das sind ja keine Dinge, die zufällig entstehen oder einfach mal so vom Himmel fallen, sondern sie sind Ausweis einer Wissenschafts- und Forschungslandschaft, die gesund ist und erhebliche Erfolge zu verzeichnen hat.

(D) Ich möchte das auch deshalb unterstreichen, weil wir in der öffentlichen Diskussion schnell so etwas wie eine Negativspirale erzeugen. Wir lesen in der veröffentlichten Meinung häufig die positiven Zuordnungen, die positiven Bewertungen von privaten Bildungsgängen und privaten Einrichtungen, oft verbunden mit einem Unterton, als leisteten die staatlichen Hochschulen nichts oder jedenfalls nicht genügend. Dieses ist absolut falsch. Und wir haben auch die Verpflichtung, hier deutlich zu machen, daß an unseren Hochschulen und in unseren Forschungseinrichtungen vorzügliche Arbeit geleistet wird, die vorzügliche Erfolge einführt zum Nutzen und zum Vorteil von Gesellschaft und Wirtschaft in diesem Land.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

(Ministerin Gabriele Behler)

(A) Auch bei der inneren Entwicklung der Hochschulen haben wir erhebliche Fortschritte gemacht. Ich will nicht die lange Liste all derjenigen Schritte noch einmal verlesen oder vortragen, bei denen Nordrhein-Westfalen Vorreiter einer Entwicklung, auch der Entwicklung von moderner Steuerung in den Hochschulen selbst, gewesen ist. Diesen Weg werden wir weitergehen. Und auch auf diesem Weg zeigen sich die Erfolge. Ich kann mich gut daran erinnern, wie kritisch diskutiert worden ist, als es um leistungs- und erfolgsorientierte Mittelvergabe ging. An der einen oder anderen Stelle gibt es Kritik auch weiterhin - ohne jede Frage -, vor allem wenn es um die Ausweitung geht. Aber daß das im Prinzip ein geeignetes Mittel ist, um Hochschulen auch inhaltlich und organisatorisch in allen Strukturen weiterzuentwickeln, bestreitet ernsthaft heute niemand mehr.

(Reinhold Trinius [SPD]: Das war Rudi Apostell)

Ein Wort noch, Frau Fitzek, zu den HSP-Mitteln; ich will das hier in aller Deutlichkeit klarstellen. Ich wiederhole mich dabei, aber ich tue das gerne. Es gibt kein anderes Land in der Bundesrepublik, das nach Auslaufen des Sonderprogramms derart selbstverständlich und derart großzügig seinen eigenen Anteil fest in den Etat überführt hat. Das, was wir als Hälfte einer anteiligen Finanzierung in den Jahren davor eingebracht haben, ist im Haushalt selbst voll etatisiert. Die durch den Ausfall der Bundesmittel entstehenden Stellenprobleme haben wir über Jahre hinweg zusätzlich noch einmal getragen. Auch dazu waren andere Länder nicht bereit.

(B) Wenn Sie jetzt von positiven Signalen für die Fortsetzung dieses Programms sprechen, dann muß ich sagen: Diese habe ich nicht bekommen. Da habe ich andere Signale, nicht das, was Sie hier vorgetragen haben. Vor diesem Hintergrund wäre es fahrlässig, auf reine Spekulationen und auf reine Illusionen zu setzen. Man muß dann auch seriös mit einem Haushalt umgehen, auch wenn das schmerzhaft ist, damit jedenfalls diese Größenordnung nicht einen Punkt erreicht, wo man anschließend auch noch kritisieren könnte, so etwas wäre nicht verantwortbar oder verträglich sich nicht mit Prioritätensetzung. Also: Das paßt überhaupt nicht zusammen!

(Beifall des Hans Frey [SPD])

Daß wir uns insofern in der Bewertung unterscheiden, das macht mir jedenfalls keinen Kummer, sondern man sollte es sehr deutlich hier an diesem Ort formulieren. Die Unterschiede beziehen sich auch noch auf einige andere Punkte. Da werden sie sicher auch nicht verschleiert werden. Von Verschleierung halte ich in keinerlei Zusammenhängen etwas, Herr Kuhmichel, und das entgegen dem von Ihnen erweckten Eindruck. Ich bin dafür, daß man die Unterscheide klar auf den Tisch legt, genauso wie man die Gemeinsamkeiten, die Gegenstand politischen Handelns sind, dann auch in die Praxis umsetzt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, wir haben damit den **Einzelplan 05** behandelt. Wie verabredet, werden aber zwischen 13 Uhr und 14 Uhr keine Abstimmungen vorgenommen, sondern erst nach Abschluß des nächsten Beratungsteils.

Ich rufe dann auf den

Einzelplan 15: Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport (D)

Ich weise hin auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/3515 und die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 12/3580 und 12/3581.

Ich eröffne hiermit die **Beratung** zum Teilbereich

a) Arbeit und Soziales

Als erstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Arentz für die Fraktion der CDU das Wort.

Hermann-Josef Arentz (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushalt ist immer auch Anlaß, einige generelle Anmerkungen zur Sozialpolitik im Lande Nordrhein-Westfalen zu machen. Aus unserer Sicht - das lassen Sie mich bitte als erstes anmerken - ist die einschneidendste und schädlichste Veränderung in der Sozialpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen die Zerschlagung des Mini-